

HALBJAHRESFINANZBERICHT 2012
DER KA FINANZ AG

INHALTSVERZEICHNIS

Zwischenlagebericht	3
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
Geschäftsverlauf erstes Halbjahr 2012	4
Abbau von Risikopositionen	4
Portfolio der KF / Risikostruktur	5
Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich	7
Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich	7
Übertragung der KF-Anteile der Republik an die FIMBAG	8
Bilanzstruktur und Ertragslage	8
Gewinn- und Verlustrechnung	9
Rating	10
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	10
Ausblick	10
Zwischenabschluss	11
Bilanz der KA Finanz AG nach BWG	11
Gewinn-und-Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG	12
Anhang zum Zwischenabschluss der KA Finanz AG	13
Erklärung der gesetzlichen Vertreter zum Halbjahresfinanzbericht	15
Bericht über die prüferische Durchsicht des nach UGB aufgestellten verkürzten Zwischenabschlusses zum 30. Juni 2012	16

ZWISCHENLAGEBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im ersten Halbjahr 2012 waren weiterhin von anhaltenden und ausgeprägten Volatilitäten an den Finanzmärkten dominiert. Zu Beginn des Jahres war nach den massiven Marktverwerfungen, insbesondere im vierten Quartal 2011, eine leichte Erholung und Stabilisierung der Geld- und Kapitalmärkte zu verzeichnen, vor allem unterstützt durch gezielte Maßnahmen seitens der EZB (Europäische Zentralbank) im Rahmen von Drei-Jahrestendern (LTRO – Long Term Refinancing Operation) im Dezember 2011 bzw. Februar 2012.

Das erste Quartal 2012 war weiters geprägt durch die Umsetzung des Umschuldungsprogramms für Griechenland (PSI II – Private Sector Involvement) im März/April 2012. Im Zentrum stand ein massiver Forderungsverzicht der Privatgläubiger auf die Bedienung griechischer Staatsschulden im Ausmaß von 53,5 %. Eine nachfolgende kurzfristige Markterholung wurde rasch von der Unsicherheit über den Wahlausgang in Griechenland sowie von zunehmenden Haushaltsproblemen und Bankenrestrukturierungserfordernissen in Spanien überlagert.

Die Refinanzierungsaufschläge für Staatsanleihen, insbesondere für Spanien und Italien, haben sich in weiterer Folge stark erhöht. Gleichzeitig verzeichneten europäische Kernländer (z. B. Finnland, Niederlande, Deutschland, Österreich) sinkende Risikoaufschläge bzw. zum Teil negative Verzinsungen, woraus das Ausmaß der Marktverwerfungen deutlich sichtbar ist. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union eine Reihe von korrigierenden Maßnahmen ergriffen.

Im Dezember 2011 wurde zur Konsolidierung der nationalen Haushalte der Fiskalpakt beschlossen. Zukünftige Unterstützungsmaßnahmen aus EU-Programmen können demnach nur nach Maßgabe des Fiskalpaktes beansprucht werden.

Ende Juni 2012 wurde ein EUR 120 Mrd.-Programm für Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Im Dezember 2011 wurde zusätzlich zu dem seit Mai 2010 bestehenden European Financial Stability Facility (EFSF) die Einführung des European Stability Mechanism (ESM) im Ausmaß von EUR 700 Mrd. beschlossen. Das bestehende EFSF soll zukünftig in den ESM-Rahmen übergeführt werden und damit den sogenannten „Rettungsschirm“ bilden. Die erforderlichen Ratifizierungsmaßnahmen für das ESM-Programm werden derzeit auf Ebene der einzelnen Regierungen durchgeführt. Zu verweisen ist auf die ausstehende Entscheidung des in Deutschland angerufenen Bundesverfassungsgerichts, welche bis September 2012 erwartet wird.

Ebenso im Juni 2012 hat der Europäische Rat ein EUR 100 Mrd.-Unterstützungspaket zur Stabilisierung des spanischen Bankensystems, insbesondere des Sparkassensektors, im Rahmen des EFSF-Programmes beschlossen, welches derzeit ebenso in Umsetzung ist. Schließlich hat die Republik Zypern im Juni 2012 ein Unterstützungsansuchen von bis zu EUR 10 Mrd. an die Europäische Union gerichtet.

Der Wechselkurs des Euro schwächte sich nach einem Jahreshoch von 1,34 am 28. Februar 2012 auf 1,26 zum 30. Juni 2012 ab. Das Zinsniveau war in der ersten Jahreshälfte durch weiterhin sinkende Basissätze gekennzeichnet. Der 10-jährige Euro-Swapsatz fiel von 2,44 % zum Jahresende 2011 auf 2,0 %, wobei sich dieser Trend auch nach der Jahresmitte fortsetzte. Auch die Geldmärkte waren durch ein sinkendes Zinsniveau gekennzeichnet, geprägt durch die Maßnahmen der Zentralbanken. Anfang Juli 2012 hat die EZB erwartungsgemäß den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 0,75 % gesenkt. Der

vergleichbare Leitzinssatz der US-Notenbank FED ist weiterhin unverändert auf dem Rekordtief von 0,0 % bis 0,25 %.

Das konjunkturelle Umfeld war gegenüber 2011 von einer schwächeren Tendenz gekennzeichnet. Nach einem erfreulichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Österreich im Jahr 2011 von 3,0 %, wird für 2012 ein Wachstum von 0,8 % erwartet, gefolgt von einem neuerlichen Anstieg um 1,7 % im Jahr 2013. Die Wirtschaftsleistung im Euroraum wird nach Prognosen des IHS (Institut für Höhere Studien) im Jahr 2012 um -0,3 % zurückgehen und im Folgejahr mit +1,0 % wieder ansteigen.

Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird auch vom Verlauf der Volatilitäten an den Finanzmärkten abhängig sein. Diese sind wiederum wesentlich von der Umsetzung der auf europäischer Ebene vereinbarten Maßnahmen bestimmt, wobei zur Beruhigung der Situation auch den Maßnahmen der EZB eine wichtige Funktion zukommt.

Geschäftsverlauf erstes Halbjahr 2012

Die KA Finanz AG (KF) ist seit der Spaltung von der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) mit 28. November 2009 für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der vormaligen Kommunalkredit zuständig. Dabei stehen der fokussierte Risikoabbau unter möglichst geringem Einsatz öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen, der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing) im Fokus der Tätigkeiten der KF. Eine aktivseitige Ausweitung des Geschäftsvolumens findet nicht statt. Passivseitig erfolgt die Refinanzierung der bestehenden Aktiva in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial-Paper-Emissionen, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

Abbau von Risikopositionen

Im ersten Halbjahr 2012 hat die KF trotz schwieriger Marktlage Risikopositionen in Höhe von EUR 3,1 Mrd. abgebaut. Dies liegt für diesen Zeitraum EUR 2,4 Mrd. über den Zielen des Restrukturierungsplans; EUR 0,7 Mrd. reduzierten sich durch planmäßige Tilgungen. Der Schwerpunkt der Risikoabbaumaßnahmen lag mit EUR 2,2 Mrd. auf dem CDS-Portfolio (hievon Spanien: EUR 521,2 Mio. sowie sonstige souveräne Risiken von EUR 1,65 Mrd.), wobei diesbezüglich die bessere Marktverfassung im März und April genutzt werden konnte. Die Bilanzsumme hat sich von EUR 14,9 Mrd. per 31. Dezember 2011 um EUR 2,2 Mrd. oder 15 % auf EUR 12,7 Mrd. zum Halbjahr 2012 reduziert; die Eventualverbindlichkeiten verringerten sich von EUR 10,7 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um EUR 2,4 Mrd. auf EUR 8,3 Mrd. zum 30. Juni 2012.

Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 wurde insgesamt ein risikorelevantes Obligo von EUR 13,3 Mrd. oder 45,7 % des Anfangsobligos abgebaut. Dies liegt um EUR 8,4 Mrd. über den Zielen des Restrukturierungsplanes.

Tabelle: Abbau von Risikopositionen

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 ¹⁾	2010	2011	Summe 2008 bis 2011 (IST)	01 bis 06/2012	Summe 2008 bis 30.06.2012 (IST)
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.513	2.993	247	3.240
Darlehen – Verkauf	0	115	539	654	5	659
CDS – Verkauf ²⁾	2.183	20	108	2.311	2.168	4.479
Summe Verkauf	2.699	1.099	2.160	5.958	2.420	8.378
Wertpapiere – Tilgung	635	560	609	1.804	533	2.337
Darlehen – Tilgung	870	816	203	1.889	91	1.980
CDS – Abgelaufen ²⁾	298	202	40	540	35	575
Summe Tilgung	1.803	1.578	852	4.233	659	4.892
Summe Verkauf/Tilgung	4.502	2.677	3.012	10.191	3.079	13.270

¹⁾ Für 2008/2009 sind abgebaute Nominalwerte angegeben

²⁾ CDS-Sell-Positionen; Nominalwerte; nicht bilanzwirksam

Portfolio der KF / Risikostruktur

Nach einem Portfolioabbau von EUR 3,1 Mrd. im ersten Halbjahr 2012 bzw. einer Portfolioreduktion von EUR 13,3 Mrd. seit Beginn der Restrukturierung beträgt das risikorelevante Obligo der KF zum 30. Juni 2012 EUR 16,2 Mrd.; davon sind die wesentlichen Positionen EUR 7,5 Mrd. Wertpapiere; EUR 7,0 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges) sowie EUR 1,0 Mrd. Darlehen.

Geografisch entfielen 73,8 % des Portfolios auf den EU-Raum, wobei 51,1 % den EU-17 (Euroraum inkl. Österreich) sowie 22,7 % den restlichen EU-Staaten zuzurechnen waren. Auf europäische Staaten außerhalb der EU entfielen 3,4 %. Vom Exposure in sonstigen Staaten mit einem Anteil von 22,7 % entfielen 16,0 % auf die USA und Kanada.

Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen betragen zum 30. Juni 2012 EUR 6,5 Mrd. oder 39,8 % des Gesamtportfolios und gliedern sich wie folgt:

Tabelle: Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen, in TEUR

#	Partner	Exposure per 30.06.2012	Anteil	Gliederung nach Schuldnerkategorie			Gliederung nach Produktart		
				davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staatsgarantiert	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
1	Österreich	992.931	6,1%	575.519	0	417.412	384.697	544.422	63.812
2	Italien	875.957	5,4%	645.763	230.194	0	564.979	310.978	0
3	Portugal*	799.052	4,9%	771.874	27.178	0	150.274	628.582	20.196
4	Irland*	756.677	4,7%	756.677	0	0	103.148	653.530	0
5	Spanien*	747.640	4,6%	720.412	27.228	0	145.591	574.821	27.228
6	Polen	533.426	3,3%	522.055	11.371	0	570.105	-36.680	0
7	Deutschland	526.638	3,2%	506.569	20.070	0	0	506.569	20.070
8	Belgien	442.141	2,7%	442.141	0	0	0	442.141	0
9	Ungarn	407.335	2,5%	407.335	0	0	242.399	164.937	0
10	Zypern*	379.227	2,3%	190.571	0	188.656	33.343	157.228	188.656
	Summe Top 10	6.461.024	39,8%	5.538.916	316.040	606.068	2.194.535	3.946.527	319.961
	Gesamt-Portfolio	16.247.374	100,0%				7.454.190	7.133.537	1.014.342

* unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 6,5 Mrd. entfallen EUR 5,5 Mrd. oder 85,4 % auf die Eurozone. Darin enthalten ist ein Obligoanteil von EUR 2,7 Mrd. oder 16,6 % des Gesamtportfolios an Staaten unter europäischen Stützungsmaßnahmen.

Die KF hat in Ländern unter EU-Stützungsmaßnahmen kein signifikantes Bankenobligo. Dieses beträgt in diesem Raum insgesamt EUR 42,7 Mio.

Der Stand an Einzelwertberichtigungen beträgt per 30. Juni 2012 EUR 186,3 Mio. (31.12.2011: EUR 862,5 Mio.) für Kreditrisiken in Höhe von EUR 300,8 Mio. (31.12.2011: EUR 1.174,0 Mio.). Die Reduktion der Positionen beruht auf der Durchführung der Griechenland-Umschuldung. Darüber hinaus bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 1,8 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 in Höhe von EUR 83 Mio. und § 57 Abs. 3 in Höhe von EUR 95 Mio. Insgesamt bestehen somit Risikovorsorgen in Höhe von EUR 179,8 Mio. (31.12.2011: EUR 276,8 Mio.).

Zum 30. Juni 2012 waren EUR 5,1 Mrd. oder 31,3 % des Gesamtexposures (inkl. CDS und Haftungen) dem AAA/AA-Bereich sowie insgesamt EUR 13,9 Mrd. bzw. 85,6 % dem Investmentgrade-Bereich (BBB oder besser) zuzuordnen. Das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A3 (Skalierung nach Moody's). Die Rating-Verteilung des Exposures ist wie folgt:

Tabelle: Rating-Verteilung des Exposures

Rating-Bereich	30.06.2012	31.12.2011
AAA / AA	31,3%	34,2%
A	27,7%	33,6%
BBB	26,6%	18,9%
Investmentgrade	85,6%	86,7%
Non Investmentgrade	13,4%	13,3%

Länderrisiko Griechenland

Wie im Jahresbericht 2011 ausführlich berichtet, hatten die im ersten Quartal 2012 umgesetzten Umschuldungsmaßnahmen für die Republik Griechenland wesentliche Auswirkungen auf die KF. Die KF hatte per 31. Dezember 2011 ein Gesamtobligo gegenüber der Republik Griechenland von EUR 1.001,5 Mio. aus dem Altbestand der KA alt. Die Aktivierung der retroaktiv eingeführten Collective Action Clauses (CACs) durch die Republik Griechenland im Rahmen der Umschuldungsmaßnahmen führte zur Aufgabe des Freiwilligkeitsprinzips, welches bis dahin den Umschuldungsbestrebungen zugrunde lag und somit zur Auslösung von Zahlungsverpflichtungen unter CDS und CDS-ähnlichen (TRS) Verträgen. In Summe resultierte für die KF ein Wertberichtigungsbedarf von EUR 1.034,1 Mio., welcher in der Kapitalbasis der KF nicht gedeckt werden konnte.

Zur Rekapitalisierung der KF wurden in enger Abstimmung mit der Republik Österreich umfassende Kapitalmaßnahmen mit Wirksamkeit per 31. Dezember 2011 wie folgt gesetzt: EUR 609,6 Mio. Gesellschafterzuschuss; EUR 251,2 Mio. Bundesbürgschaft; EUR 389,0 Mio. Kapitalerhöhung gemäß §§ 182 ff iVm § 181 AktG nach Durchführung einer vereinfachten Kapitalherabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals von EUR 22,3 Mio. bzw. EUR 434,1 Mio. auf jeweils Null; gleichzeitig wurden EUR 337,9 Mio. an Rücklagen aufgelöst. Somit verfügte die KF zum 31. Dezember 2011 über ein Kernkapital in Höhe von EUR 474,3 Mio. und Eigenmittel von EUR 836,5 Mio. mit einer Eigenmittelquote von 12,9 % und einer Kernkapitalquote von 7,3 %.

Nach Durchführung der Umschuldungsmaßnahmen verblieb in der KF ein Gesamtexposure gegenüber der Republik Griechenland von EUR 297,1 Mio. Davon waren EUR 234,3 Mio. unter der Bürgschaft der Republik Österreich gedeckt. Somit bestand ein unbesichertes Obligo gegenüber der Republik Griechenland im Ausmaß von EUR 62,8 Mio., davon EUR 30,8 Mio. direkt gegenüber der Republik Griechenland aus der Abwicklung des Umschuldungsprogramms sowie EUR 32,0 Mio. gegenüber griechischen Unternehmen, welche staatsgarantiert sind. Zusätzlich bestand ein Obligo von EUR 59,3 Mio. gegenüber griechischen Gemeinden.

Angesichts der fortdauernden Diskussion über die Situation der Republik Griechenland und den Verbleib in der Eurozone, ist beabsichtigt, das unbesicherte Obligo von EUR 59,3 Mio. gegenüber griechischen Gemeinden unter die Bürgschaft der Republik Österreich zu stellen, um im Fall etwaiger weiterer Umschuldungsmaßnahmen die Kapitalbasis der KF nicht weiter zu belasten. Damit wird sich die Bundesbürgschaft nach dem Bilanzstichtag von EUR 251,2 Mio. (Stand 31.12.2011) auf EUR 312,4 Mio. erhöhen. In der KF besteht seit der Griechenland-Umschuldung kein Obligo aus CDS-Kontrakten gegenüber der Republik Griechenland.

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich

Unter Berücksichtigung aller getroffenen Maßnahmen wurden seitens der Republik Österreich per 30. Juni 2012 netto EUR 2.028,5 Mio. an kapitalwirksamen Unterstützungsmaßnahmen wie folgt geleistet:

Tabelle: Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich per 30.06.2012

Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich	
	in EUR Mio.
Besserungsscheinbürgschaft aus Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009; Zahlung am 08.07.2013	1.116,9
Gesellschafterzuschuss zum 31.12.2011	609,6
Kapitalerhöhung zum 31.12.2011	389,0
Bundesbürgschaft zum 31.12.2011	251,2
Angestrebte Erhöhung Bundesbürgschaft	61,2
Summe brutto	2.427,9
Geleistete Haftungsentgelte KF 2008 bis 6/2012	-581,0
Rückflüsse aus Restrukturierungsbeiträgen des Bundes 2008 bis 12/2011	210,0
Haftungsentgelte KA-Besserungsscheinstruktur 2008 bis 6/2012	-28,4
Summe netto	2.028,5

Die bis 8. Juli 2013 gestundete Zahlung unter der Besserungsscheinbürgschaft, welche an die Kommunalkredit Austria AG zu leisten ist, wird erst dann für die Republik Österreich liquiditätswirksam. Die Bundesbürgschaft im Ausmaß von nunmehr EUR 312,4 Mio. bezieht sich auf Kreditengagements, welche außer EUR 16,1 Mio. derzeit keine Überfälligkeiten zeigen; die Bürgschaft wird nur bei Nichtbedienung dieser Engagements beansprucht. In Summe sind somit von den Kapitalmaßnahmen netto EUR 604,2 Mio. liquiditätswirksam geflossen; EUR 1.116,9 Mio. sind am 8. Juli 2013 zur Zahlung fällig; weitere EUR 312,4 Mio. sind bisher nicht liquiditätswirksame Bürgschaften.

Für die geleisteten Kapitalmaßnahmen aus der Besserungsscheinbürgschaft stehen der Republik Österreich zum Stichtag 30. Juni 2012 zukünftige Jahresüberschüsse bzw. zukünftige Liquidationserlöse bis zur vollständigen Bedienung dieses Besserungsrechtes im Ausmaß von EUR 1.116,9 Mio. vorrangig vor sonstigen Genussrechten und Eigenkapitalinstrumenten zu.

Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich

Zur Sicherstellung der Liquidität und zur Minimierung der Refinanzierungskosten unterstützt die Republik Österreich die KF mit Haftungen für Refinanzierungsmaßnahmen. Diese erfolgten unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG), bis zu dessen Auslaufen im Dezember 2010 und seitdem unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Nach ordnungsgemäßer Tilgung einer EUR 1,0 Mrd.-Anleihe am 6. März 2012 bestanden zum

30. Juni 2012 Haftungen der Republik Österreich im Ausmaß von EUR 6,0 Mrd. Eine weitere Fälligkeit im Ausmaß von EUR 1,25 Mrd. besteht im Dezember 2012. Um die derzeit günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Commercial-Paper (CP)-Markt in erhöhtem Ausmaß zu nutzen, ist eine Aufstockung des bestehenden, von der Republik Österreich garantierten, EUR 2,5 Mrd.-CP-Programmes um EUR 0,5 Mrd. auf EUR 3 Mrd. in Vorbereitung. Somit wird sich per 31. Dezember 2012 das derzeit aushaftende Garantievolumen für Refinanzierungen von EUR 6,0 Mrd. auf EUR 5,3 Mrd. reduzieren. Gegenüber sonstigen Refinanzierungsquellen (Geldmarkt, Repos etc.) bietet das garantierte CP-Programm einen wesentlichen Kostenvorteil im Gesamtausmaß von etwa EUR 60 Mio. p. a. und ist somit im Interesse einer ressourcenschonenden Vorgangsweise. Für Liquiditätsgarantien leistet die KF an die Republik Österreich, abhängig von Laufzeit und Währung, ein Entgelt von 0,7 % p. a. bis 1,27 % p. a. des ausstehenden Betrages. Mit einer Beanspruchung der Liquiditätsgarantien wird nicht gerechnet. Bisher haben sich Liquiditätsgarantien von zunächst EUR 9,3 Mrd. auf derzeit EUR 6,0 Mrd. ohne Beanspruchung reduziert.

Tabelle: Entwicklung Liquiditätsgarantien

Liquiditätsgarantien KA Finanz AG								
in EUR Mio.	Dez.08	Dez.09	Dez.10	Dez.11	Jun.12	Dez.12	Dez.13	Dez.14
IBSG-Garantien	0,0	8.514,7	7.547,2	4.547,2	3.547,2	2.297,2	1.246,2	0,0
Clearingbanklinie	0,0	0,0	1.750,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
FinStaG-Garantien	5.300,0	0,0	0,0	2.500,0	2.500,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
Summe	5.300,0	8.514,7	9.297,2	7.047,2	6.047,2	5.297,2	4.246,2	3.000,0

Übertragung der KF-Anteile der Republik an die FIMBAG

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17. Februar 2012 wurde der 99,78 %-Anteil der Republik Österreich an der KF vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) an die FIMBAG Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als Treuhänder übertragen.

Der Österreichische Gemeindebund war bis 31. Dezember 2011 mit 0,22 % am Grundkapital der KF beteiligt. Er hat voll am Kapitalschnitt teilgenommen jedoch auf das zustehende Bezugsrecht in der nachfolgenden Kapitalerhöhung verzichtet. Die Republik Österreich hält somit seit 31. Dezember 2011 100 % der Anteile der KF, treuhänderisch über die FIMBAG.

Bilanzstruktur und Ertragslage

Aktiva

Die Bilanzsumme der KF hat sich infolge aktiver Portfolioabbaumaßnahmen um EUR 2,2 Mrd. oder 15 % gegenüber dem Jahresultimo 2011 reduziert und beträgt zum 30. Juni 2012 EUR 12,7 Mrd. (31.12.2011: EUR 14,9 Mrd.). Darin enthalten sind EUR 3,2 Mrd. Forderungen gegenüber Kunden sowie EUR 5,2 Mrd. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen. Zusätzlich bestehen Eventualverbindlichkeiten brutto in Höhe von EUR 8,3 Mrd. (31.12.2011: EUR 10,7 Mrd.), welche im Ausmaß von EUR 7,0 Mrd. das netto CDS-Portfolio reflektieren. Sonstige Haftungen bestehen im Ausmaß von EUR 0,2 Mrd. (31.12.2011: EUR 0,2 Mrd.) und reflektieren im Wesentlichen Sicherheitsleistungen unter CSA-Agreements.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die Eigenmittel der KF betragen zum 30. Juni 2012 EUR 681,8 Mio. (31.12.2011: EUR 836,5 Mio.) bei einem Kernkapital von EUR 424,6 Mio. (31.12.2011: EUR 474,3 Mio.). Die Reduktion resultiert aus dem negativen Periodenergebnis von EUR 49,7 Mio. nach der Auflösung § 57 Vorsorgen von EUR 97,0 Mio., welche den Eigenmitteln zuzuordnen ist. Die risikogewichteten Aktiva verringerten sich aufgrund des Portfolioabbaus von EUR 6,4 Mrd. um EUR 0,5 Mrd. auf EUR 5,9 Mrd.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG. Zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva sowie des operationalen Risikos kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Zum 30. Juni 2012 beträgt das Refinanzierungsvolumen der KF (ohne Eigenmittel) insgesamt EUR 11,3 Mrd. (31.12.2011: EUR 12,7 Mrd.). Dabei wurden EUR 5,2 Mrd. (31.12.2011: EUR 6,5 Mrd.) bzw. 45,7 % unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Schwerpunkt der Refinanzierungstätigkeiten der KF lag, den Parametern des Restrukturierungsplanes entsprechend, auf kurzfristigen Refinanzierungen. Insgesamt waren zum Stichtag EUR 7,4 Mrd. (31.12.2011: EUR 7,9 Mrd.) kurzfristige Refinanzierungen, insbesondere Commercial Paper, EZB-Tender, Geldmarkteinlagen und Repo-Refinanzierungen aushaftend. Das langfristige Refinanzierungsvolumen (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) betrug zum 30. Juni 2012 EUR 3,9 Mrd. (31.12.2011: EUR 4,8 Mrd.).

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Periodenergebnis nach Steuern betrug für das erste Halbjahr 2012 EUR -49,7 Mio. Die wesentlichen Faktoren der Gewinn- und Verlustrechnung sind:

- *Zinsergebnis*
Das Zinsergebnis war im ersten Halbjahr 2012 mit EUR -22,2 Mio. negativ und reflektiert Refinanzierungskosten, welche über den aktivseitigen Durchschnittsmargen der Bestände lagen.
- *Provisionsergebnis – Haftungsentgelte an die Republik Österreich*
Im ersten Halbjahr 2012 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich von gesamt EUR -41,0 Mio. geleistet.
- *Verwaltungsaufwand*
Der Verwaltungsaufwand der KF beträgt EUR -8,1 Mio. Darin enthalten sind Vergütungen für operative Dienstleistungen an die Kommunalkredit Austria (KA) aus dem diesbezüglichen Service Level Agreement in Höhe von EUR -5,0 Mio.
- *Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen*
Das Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen in Höhe von EUR 34,7 Mio. resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus dem Abbau von Wertpapieren (EUR 8,0 Mio.), Aufwendungen aus dem Abbau des TRS-/CDS-Portfolios (EUR -58,1 Mio.), Aufwendungen aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens (EUR -18,3 Mio.) sowie der Auflösung der § 57 Abs. 1 BWG-Vorsorge (EUR 97,0 Mio.)

Rating

Die KF verfügt von der Rating-Agentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+ und ein Kurzfrist-Rating von F1+; von S&P über ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von A-1. Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von S&P mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet. Sämtliche Ratings haben einen stabilen Outlook.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es ist beabsichtigt, die zum 31. Dezember 2011 bestehende Bürgschaft der Republik Österreich über EUR 251,2 Mio. unter Einbeziehung der Forderungen gegenüber griechischen Gemeinden nach dem Bilanzstichtag auf EUR 312,4 Mio. zu erhöhen.

Ein ehemaliger Investor von Partizipationskapital der KA Finanz AG hat eine Klage eingebracht, mit der Rechtsansicht, dass die Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 als nichtig zu erklären sei. Die KA Finanz AG hält die Klage für unbegründet.

Ausblick

Für die zweite Jahreshälfte 2012 ist mit weiterhin volatilen Finanzmärkten zu rechnen. Es ist jedoch zu erwarten, dass die umfangreichen beschlossenen Maßnahmen auf EU-Ebene wie ESM, Fiskal- und Wachstumspakt, gemeinsam mit den Maßnahmen der EZB die angestrebte positive Wirkung erzielen werden.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum wird nach Prognosen des IHS (Institut für Höhere Studien) im Jahr 2012 um -0,3 % zurückgehen und im Folgejahr mit +1,0 % wieder ansteigen. Für Österreich beträgt das prognostizierte BIP-Wachstum für 2012 0,8 % bzw. 1,7 % für 2013.

Die KF wird bestrebt sein, in einem weiterhin volatilen Marktumfeld das bestehende Portfolio nach den Prinzipien des Restrukturierungsplans zu managen. Die im ersten Halbjahr erreichten Abbauvolumina von EUR 3,1 Mrd. (daraus EUR 2,4 Mrd. aus aktivem Verkauf) liegen wesentlich über dem Jahresziel; insbesondere im ersten Quartal konnte die bessere Marktverfassung positiv genutzt werden. Im gegenwärtigen Marktumfeld wären derartige Maßnahmen nur mit wesentlich höheren Aufwendungen und damit verbundener Kapitalbeanspruchung möglich.

Die KF erwartet nach dem Halbjahresverlust von EUR -49,7 Mio. auch für das Gesamtjahr 2012 ein negatives Jahresergebnis. Dies resultiert insbesondere aus den marktbedingt gestiegenen Refinanzierungskosten und zu leistenden Haftungsgebühren für Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen. Daraus sowie aufgrund der vorrangigen Verwendung allfälliger Überschüsse zur erforderlichen Bedienung der Besserungsscheinverpflichtung, ergeben sich für das Geschäftsjahr 2012 sowie in absehbarer Zukunft keine Ausschüttungen auf das Ergänzungskapital. Mit den im Rahmen des Jahresabschluss 2011 getroffenen Kapitalmaßnahmen verfügt die KF über kein verbleibendes Partizipationskapital.

ZWISCHENABSCHLUSS

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Vermögenswerte in TEUR	30.06.2012	31.12.2011
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	329.453,6	237.688,4
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind (nach Vorsorge gem. § 57 (1) BWG iHv. EUR -1,0 Mio. bzw. EUR 0,0 Mio.)	1.908.631,0	2.134.195,6
Forderungen an Kreditinstitute (nach Vorsorge gem. § 57 (1) BWG iHv. EUR -28,4 Mio. bzw. EUR -139,0 Mio.)	3.644.910,1	4.471.981,2
Forderungen an Kunden (nach Vorsorge gem. § 57 (1) BWG iHv. EUR -49,6 Mio. bzw. EUR -37,0 Mio.)	3.175.122,4	3.401.771,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Vorsorge gem. § 57 (1) BWG iHv. EUR -4,0 Mio. bzw. EUR -4,0 Mio.)	3.334.927,7	3.666.737,0
Beteiligungen	23,1	23,1
Sachanlagen	72,5	76,0
Sonstige Vermögensgegenstände	293.108,3	960.776,1
Rechnungsabgrenzungsposten	23.932,5	28.006,0
Vermögenswerte	12.710.181,2	14.901.255,2

Verbindlichkeiten und Eigenkapital in TEUR	30.06.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.925.642,5	5.330.218,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	453.006,6	528.496,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.029.595,9	7.349.751,4
Sonstige Verbindlichkeiten	305.525,9	406.549,3
Rechnungsabgrenzungsposten	175.890,6	56.682,6
Rückstellungen	200.626,6	555.669,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken	95.000,0	95.000,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	167.304,0	171.683,2
Ergänzungskapital	28.031,7	27.905,4
Gezeichnetes Kapital	389.000,0	389.000,0
Hafrücklage gem § 23 (6) BWG	76.091,1	76.091,1
Bilanzverlust	-135.533,6	-85.792,7
<i>davon Verlustvortrag</i>	-85.792,7	0,0
<i>davon Periodenergebnis</i>	-49.741,0	-85.792,7
Verbindlichkeiten und Eigenkapital	12.710.181,2	14.901.255,2

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in TEUR	01.01.2012 30.06.2012	01.01.2011 30.06.2011
Zinserträge	382.915,3	485.337,9
Zinsaufwendungen	405.086,0	491.816,3
Zinsergebnis	-22.170,7	-6.478,4
Erträge aus Beteiligungen	0,0	26,3
Provisionsergebnis	-50.735,3	-91.093,0
<i>davon Haftungsentgelte an die Republik Österreich</i>	<i>-41.006,6</i>	<i>-84.515,4</i>
Ergebnis aus Finanzgeschäften	-1.040,1	-964,7
<i>davon Drohverlustrückstellung CDS</i>	<i>-1.096,7</i>	<i>715,3</i>
Sonstige betriebliche Erträge	3,0	257,6
Betriebserträge	-73.943,1	-98.252,2
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	-8.068,4	-7.724,8
Personalaufwand	0,0	-5,0
sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-8.068,4	-7.719,9
Abschreibungen auf Sachanlagen	-3,6	-8,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.412,0	-3.603,0
Betriebsaufwendungen	-10.484,0	-11.336,7
Betriebsergebnis	-84.427,2	-109.588,9
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	34.662,9	38.281,1
<i>davon Veränderung Vorsorge gem. § 57 (1) BWG</i>	<i>97.000,0</i>	<i>32.500,0</i>
<i>davon Abbau Wertpapierportfolio</i>	<i>8.020,4</i>	<i>-9.146,3</i>
<i>davon Abbau TRS-/CDS-Portfolio</i>	<i>-58.062,9</i>	<i>-924,7</i>
<i>davon Bewertungen Wertpapiere des Umlaufvermögens</i>	<i>-18.330,2</i>	<i>262,9</i>
<i>davon Einzelwertberichtigungen</i>	<i>-1.415,5</i>	<i>2.087,5</i>
<i>davon Rückkauf Eigenkapitalinstrumente</i>	<i>0,0</i>	<i>10.434,7</i>
<i>davon Sonstige</i>	<i>7.451,0</i>	<i>3.067,0</i>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-49.764,3	-71.307,8
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2,7	-2,7
Sonstige Steuern	26,0	0,0
Periodenergebnis	-49.741,0	-71.310,5

ANHANG ZUM ZWISCHENABSCHLUSS DER KA FINANZ AG

1. Allgemeine Grundsätze

Der vorliegende Zwischenabschluss der KA Finanz AG wurde im Einklang mit § 87 BörseG erstellt und enthält eine verkürzte Bilanz, eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung, einen erläuternden Anhang sowie einen Halbjahreslagebericht.

In der Zwischenberichtsperiode wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für den Abschluss der KA Finanz AG zum 31. Dezember 2011 angewandt.

Der vorliegende Zwischenabschluss für den Zeitraum 1. Jänner bis 30. Juni 2012 beinhaltet nicht alle Informationen und Anhangsangaben, die im Jahresabschluss verlangt werden, und ist deshalb in Verbindung mit dem Jahresabschluss 2011 der KA Finanz AG zu lesen.

2. Sonstige Angaben

a. Ergebnisentwicklung

Angaben zur Ergebnisentwicklung des ersten Halbjahres 2012 und zu den bestimmenden Geschäftsvorfällen finden sich im Zwischenlagebericht.

b. Entwicklung der regulatorischen Eigenmittel

Bemessungsgrundlage		
gem. § 22 Abs. 2 BWG (in TEUR)	30.06.2012	31.12.2011
Risikogewichtete Aktiva Basel II Kreditrisiko	5.860.882,6	6.423.184,3
Eigenmittelerfordernisse	470.348,2	519.727,4
Bankbuch ¹⁾	468.870,6	513.854,7
Operationelles Risiko ²⁾	1.477,6	5.872,6
Insgesamt (Eigenmittelerfordernisse)	470.348,2	519.727,4
Eigenmittel	681.778,2	836.519,1
Eigenmittelquote (=Eigenmittel/(Eigenmittelerfordernis/0,08)*100)	11,6%	12,9%
Kernkapital	424.557,5	474.298,4
Kernkapitalquote (=Kernkapital/(Eigenmittelerfordernis/0,08)*100)	7,2%	7,3%

¹⁾ 8% der Bemessungsgrundlage

²⁾ Standardansatz

c. Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten stellen sich zum 30. Juni 2012 wie folgt dar:

in TEUR	30.06.2012	31.12.2011
Eventualverbindlichkeiten		
Bürgschaften und Haftungen	8.282.200,4	10.667.029,1
davon CDS sell	8.066.315,0	10.447.276,2
davon Haftungen	215.885,4	219.752,9
Absicherungsswaps (CDS buy) zu CDS sell	-1.086.673,8	-1.112.056,5
Nettogröße CDS	6.979.641,2	9.335.219,7
Andere Verpflichtungen		
Kreditrahmen und Promessen	0,0	0,0

d. Rechtsrisiken und sonstige Verpflichtungen

Ein Investor in Zertifikaten, die durch Tier 1-Instrumente der KA Finanz AG gedeckt sind, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter hinsichtlich einiger Forderungen auch die KA Finanz AG, eingeleitet. Es handelt sich bei den Tier 1-Instrumenten um Partizipationskapital, welches gemäß § 23 BWG voll verlusttragend ist, das ursprünglich von der Kommunalkredit alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung anteilig bei der KA Finanz AG verblieb. Die KA Finanz AG hält die Ansprüche für unbegründet.

Weiters hat ein ehemaliger Investor von Partizipationskapital der KA Finanz AG eine Klage eingebracht, dass die Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 als nichtig zu erklären sei. Die KA Finanz AG hält diese Klage für unbegründet.

In der Zwischenberichtsperiode gab es ansonsten keine Änderungen zu den im Jahresabschluss 2011 dargestellten Rechtsrisiken und sonstigen Verpflichtungen.

Wien, am 2. August 2012

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER ZUM HALBJAHRESFINANZBERICHT

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Zwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzgl. der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Zwischenabschluss und bzgl. der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres vermittelt.

Wien, am 2. August 2012

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

BERICHT ÜBER DIE PRÜFERISCHE DURCHSICHT DES NACH UGB AUFGESTELLTEN VERKÜRZTEN ZWISCHENABSCHLUSSES ZUM 30. JUNI 2012

Einleitung

Wir haben den beigefügten verkürzten Zwischenabschluss der KA Finanz AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner 2012 bis 30. Juni 2012 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Zwischenabschluss umfasst die verkürzte Bilanz zum 30. Juni 2012, die verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Jänner 2012 bis zum 30. Juni 2012 sowie erläuternden Anhangangaben.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Zwischenabschlusses verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Zwischenabschluss abzugeben.

Umfang der prüferischen Durchsicht

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufüblichen Grundsätze sowie des International Standard on Review Engagements ISRE 2410 „Prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses durch den unabhängigen Abschlussprüfer der Gesellschaft“ durchgeführt.

Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit darüber zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Ergebnis der prüferischen Durchsicht

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Zwischenabschluss kein getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 30. Juni 2012 sowie der Ertragslage für den Zeitraum vom 1. Jänner 2012 bis zum 30. Juni 2012 in Übereinstimmung mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften vermittelt.

Stellungnahme zum Halbjahreslagebericht und zur Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 87 BörseG

Wir haben den Halbjahreslagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Zwischenabschluss aufweist. Der Halbjahreslagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Zwischenabschluss.

Der Halbjahresfinanzbericht enthält die von § 87 Abs. 1 Z 3 BörseG geforderte Erklärung der gesetzlichen Vertreter.

Wien, am 2. August 2012

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft

gez.:
Prof. Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer

gez.:
Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer